

US-amerikanische Außenpolitik unter Trump und die Krisen der Globalisierung

Lora Anne Viola

Online publiziert: 14. August 2017
© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

Zusammenfassung Eine Bilanz von Donald Trumps ersten Monaten im Amt zeigt, dass er bislang kaum bedeutende innenpolitische Resultate vorzuweisen hat. Sein größter Einfluss ist bisher vor allem in der Außenpolitik sichtbar. Demnach stehen die transatlantischen Beziehungen und die hegemoniale Rolle der USA vor grundlegenden Veränderungen, die auf strukturelle Konflikte in der US-amerikanischen Gesellschaft zurückgehen, mit denen Trump seinen Wahlerfolg erzielen konnte. Dieser Artikel befasst sich mit den Ursachen und Folgen dieser neuen Phase der US-amerikanischen Außenpolitik und diskutiert die daraus erwachsenen Herausforderungen für die transatlantischen Beziehungen.

Schlüsselwörter Donald Trump · US-Außenpolitik · Transatlantische Beziehungen · Multilateralismus

U.S. Foreign Policy Under Trump and the Crises of Globalisation

Abstract President Donald Trump's first several months in office have yielded few legislative successes. He has, however, exerted consequential influence over United States foreign policy. Indeed, questions about the future of the Transatlantic Relationship have taken on a new urgency. This article argues, that Trump's election and his foreign policy are not sui generis but the result of ongoing transnational structural transformations, including the failures of globalisation and relative hegemonic decline. In developing this argument, it discusses the likely contours of Trump's foreign policy and its consequences for Transatlantic Relations.

Prof. L. A. Viola, PhD (✉)

John-F.-Kennedy-Institute, Freie Universität Berlin, Lansstr. 7-9, 14195 Berlin, Deutschland
E-Mail: lviola@zedat.fu-berlin.de

Keywords Donald Trump · U.S. foreign policy · Transatlantic Relations · Multilateralism

1 Donald Trumps erste hundert Tage

Kurz vor seinem einhundertsten Tag im Amt hat US-Präsident Donald Trump verkündet, dass er „historische“ hundert Tage gehabt habe (White House 2017), obwohl der Hundert-Tage-Standard – in seinen Worten – „ridiculous“, also *lächerlich*, sei (@realDonaldTrump 2017). Diesbezüglich hat Trump recht: Die Idee einen neuen Präsidenten nach hundert Tagen zu beurteilen, ist eine rein journalistische Erfindung. Die ersten hundert Tage haben keinerlei voraussagende Macht auf das, was noch kommen mag. Gleichzeitig scheint aber doch ein wahrer Kern in der Hundert-Tage-Tradition zu stecken. Die ersten hundert Tage eines Präsidenten – die sogenannten Flitterwochen – sind zwar mittlerweile nicht mehr so produktiv wie sie das einst bei Franklin D. Roosevelt waren, aber sie beflügeln in der Regel die Produktivität eines neuen Präsidenten (Frendreis et al. 2001).¹ Im Durchschnitt sind die Erfolgsaussichten der Präsidenten im Kongress – die Aussicht, Zustimmung für vorgeschlagene Gesetzgebungen zu erhalten – am Beginn des ersten Jahres höher als zu einem späteren Zeitpunkt einer Präsidentschaft (Dominguez 2005).

Demnach können wir Trump zustimmen, dass seine ersten hundert Tage historisch waren – historisch in dem Sinne, dass er wenige seiner Agenda-Punkte – vom Einreiseverbot für MuslimInnen über die Mauer zu Mexiko bis hin zur Aufhebung von Barack Obamas Gesundheitsgesetz, Vorteile für ArbeiterInnen und eine protektionistische Handelspolitik – tatsächlich erfüllt hat (Alter 2017). Trump hat in den ersten Wochen seiner Amtszeit eine Fülle an Dekreten unterzeichnet². Das bekannteste davon, die Erwirkung eines Einreiseverbots für BürgerInnen aus vorwiegend muslimischen Ländern, wird auch in seiner überarbeiteten Form derzeit von Gerichten blockiert und wird es wohl auch weiterhin bleiben. Hinsichtlich der Gesetzgebung hat es Trump bis jetzt nicht vermocht, eine einzige große Gesetzgebungsinitiative zu verwirklichen. Die Aufhebung und Neuausrichtung von Obamas Gesundheitsgesetz wie auch der Steuerreform scheiterten zunächst, was auf die interne Spaltung der Republikanischen Partei zurückzuführen ist. Innenpolitisch betrachtet, liegt Trumps Fokus momentan darauf, Umweltvorschriften sowie Industrie- und Finanzmarktregulierungen zurückzunehmen. Er demontiert den regulatorischen Staat und das wird

¹ Roosevelt, der sich einer Weltwirtschaftskrise sowie einem sich anbahnenden Weltkrieg gegenüber sah, hat in den ersten hundert Tagen seiner Präsidentschaft mehr *executive orders* (Dekrete) erlassen und mehr Gesetzesentwürfe unterzeichnet als jeder andere Präsident (Alter 2007).

² Eine Durchführungsverordnung ist eine rechtlich bindende Anweisung, die seitens des Präsidenten an Bundesbehörden ergeht. Trump hat bis zu seinem 100. Tag 32 davon unterzeichnet. In vielen dieser Verordnungen hält er die Behörden dazu an, Themenberichte zusammenzustellen, die seine Handlungen anleiten könnten. So hat er etwa Behörden beauftragt, die Ursachen für ein amerikanisches Handelsungleichgewicht zu begutachten; er hat den Verteidigungsminister mit einem Plan zur Beseitigung des Islamischen Staat in Irak und in Syrien (ISIS) beauftragt; er hat den Finanzminister dazu angehalten, die Dodd-Frank-Finanzregulierung von 2010 zu überprüfen.

vermutlich langfristige Konsequenzen nach sich ziehen. Aber alles in allem sind Trumps erste hundert Tage ohne bedeutende innenpolitische Resultate verstrichen.³

Trump's größter Einfluss hat sich bisher in der Außenpolitik gezeigt. An der außenpolitischen Front hat Präsident Donald Trump bislang die USA aus dem Pariser Klimaabkommen zurückgezogen, das Transpazifische Handelsabkommen aufgegeben, Unsicherheit im NATO-Bündnis geschaffen, Spannungen mit China und Nordkorea geschürt und einen Militärschlag gegen die syrische Regierung verübt, neben weiteren Militäroperationen in Ländern wie Jemen, Irak und Afghanistan. Das mag für einige BeobachterInnen überraschend sein, da Trump als Kandidat seinen Schwerpunkt auf innenpolitische Fragen wie Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum gesetzt hatte und nicht wenige BeobachterInnen und UnterstützerInnen haben unter seiner Präsidentschaft einen Rückzug von der politischen Weltbühne erwartet.

Anhand dieser ersten Bilanz sind die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und die Rolle der USA in der Welt zu einem dringlichen Thema geworden. Um dies besser zu verstehen, werden im Folgenden drei Fragen thematisiert: 1) Was wissen wir angesichts seiner ersten Monate im Amt über Trumps außenpolitische Agenda? 2) Auf welche Ursachen ist seine außenpolitische Ausrichtung zurückzuführen? 3) Wohin werden sich die transatlantischen Beziehungen entwickeln? Zu diesen Fragen werde ich drei Thesen formulieren: *Erstens*, von der Präsidentschaft Trumps ist kein Isolationismus zu erwarten. Wir sollten weniger um Amerikas Rückzug von der Weltbühne besorgt sein, als vielmehr über Amerikas willkürliche Vorgehensweise im Weltgeschehen. *Zweitens*, Trump ist kein Zufall des amerikanischen Wahlsystems, sondern Ausdruck tieferliegender gesellschaftlicher Veränderungen. *Drittens*, Trump und sein Versprechen *Make America Great Again* sind symptomatisch für eine Weltmacht, die sich nicht mehr durchsetzen kann – ein Umstand, mit dem sich Europa, die Welt, aber auch die AmerikanerInnen zurechtfinden müssen.

2 Außenpolitische Ausrichtung nach der Amtsübernahme

Als Kandidat ohne politischen Werdegang fiel es eingangs in seiner Amtszeit schwer, Trumps vage Äußerungen zu außenpolitischen Themen einzuschätzen. Nach einigen Monaten im Amt bleibt seine Politik zwar nach wie vor inkonsistent, aber es lassen sich doch einige Leitlinien erkennen. Schon im Wahlkampf hatte Trump seine Außenpolitik unter den Slogan *America First* gestellt. Damit betonte er die Notwendigkeit, das amerikanische Selbstinteresse in der Außenpolitik zu stärken. Er kritisierte Obamas Außenpolitik für ihre angebliche Schwäche, die dazu geführt hätte, dass Rivalen wie auch Alliierte die USA ausgenutzt hätten. Trump zufolge, sollten die USA ihre Rolle als globale Ordnungsmacht aufgeben. Diese Einstellung deckt sich mit seiner offenkundigen Abneigung gegenüber internationalen Organisationen und dem Multilateralismus insgesamt. Die *America First*-Position, die insbesondere von der sogenannten Alternativen Rechten (*Alternative Right*) vertreten wird, lehnt

³ Selbst der größte Erfolg, die Ernennung Neil Gorsuchs an den Obersten Gerichtshof, wurde nur dadurch ermöglicht, indem ein Kräftemessen zwischen Republikanern und Demokraten mit einer Neuformulierung der Abstimmungsregeln im Senat beendet wurde.

eine Außenpolitik ab, die sich an transnationalen Werten und Normen orientiert, eine Außenpolitik, die an Demokratieförderung und Unterstützung ärmerer Länder glaubt.

Trumps Vision stellt eine grundsätzliche Abkehr vom bisherigen Rollenverständnis der USA in Aussicht. Daher ist es nicht überraschend, dass viele AnalystInnen Trump als einen Isolationisten interpretieren (De Luce 2017). In diesem Zusammenhang hört man oft, dass Trump den liberalen Internationalismus gefährde (Smith 2017; Wright 2016). Beispiele dafür seien etwa seine Kritik an der NATO, sein verhaltenes Bekenntnis zu europäischen Verbündeten, seine Tendenz hin zu einem Handelsprotektionismus oder seine Weigerung, international zu kooperieren, um globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel zu begegnen.

***America First* bedeutet keine Isolationspolitik.** Trumps Außenpolitik entspricht zweifellos keinem liberalen Internationalismus, aber es ist und wird auch in Zukunft zu keinem Isolationismus kommen. Die Forschung hat gezeigt, dass die USA niemals wirklich isolationistisch waren, nicht einmal in den 1920er Jahren (Braumoeller 2010; Restad 2012); sie waren in ihrer 240-jährigen Geschichte beinahe jährlich in ausländischen Militäroperationen involviert. Der Wohlstand der USA war immer auf einen Zugang zu ausländischen Märkten und einer gewissen Stabilität in der restlichen Welt angewiesen, was heute vor dem Hintergrund der Globalisierung nicht weniger der Fall ist. Außerdem sind die USA zu einflussreich, um *nicht* als ein entscheidender globaler Akteur aufzutreten (Brooks und Wohlforth 2016).⁴

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass amerikanische Skepsis gegenüber liberalem Internationalismus und Multilateralismus nichts Neues ist. Obwohl die liberale institutionelle Ordnung – einschließlich der Vereinten Nationen, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisationen (WTO) und der NATO – nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA ins Leben gerufen wurde, haben diese immer wieder versucht, sich von strengen multilateralen Verpflichtungen zu befreien (Patrick 2001). Tatsächlich ist die amerikanische Außenpolitik nicht von der Unterscheidung zwischen Internationalismus und Isolationismus geprägt, sondern einer von Multilateralismus und Unilateralismus. Die Skepsis gegenüber Multilateralismus ist auf eine Furcht vor Souveränitätsverlusten zurückzuführen.

Vor diesem Hintergrund zielt *America First* auf eine Rückbesinnung auf Eigeninteressen ab, ohne dabei eine Loslösung von der Welt zu intendieren. Trumps Kritik an einem Internationalismus beruht nicht auf der Erkenntnis der Grenzen amerikanischer Macht, sondern auf der Empörung und Entrüstung darüber, dass man zum Nachteil seiner eigenen Gesellschaft übervorteilt werde (Anton 2017). Tatsächlich sind die Politik, die Trump in seinem Wahlkampf artikuliert hat, und jene Verordnungen, die er bis jetzt erlassen hat, keineswegs isolationistisch; vielmehr deuten sie auf einen unilateralen Aktivismus hin. Seine Wahlversprechen, ISIS „zur Hölle“ (Johnson 2015) zu bombardieren oder einen Strafzoll von 45 % über Waren aus China zu verhängen (Haberma 2016), sein Druck auf NATO-Verbündete und sein Versprechen, das Militär massiv auszubauen, sind höchst aktive Schritte, die

⁴ Hinzu kommt, dass die Außenpolitik weniger Beschränkungen unterliegt als die Innenpolitik, da der Präsident hier ohne Mehrheit agieren kann und sich wenigen Veto-Akteuren gegenüber sieht.

Konsequenzen nach sich ziehen werden, auf die die USA selbst reagieren werden müssen. Insbesondere Trumps Pläne, das bereits starke Militär der USA weiter zu stärken und seine jüngsten Versuche, die Exekutivgewalt in bewaffneten Auseinandersetzungen auszuweiten, stehen einem Isolationismus entgegen. *America First* ist also als eine Politik zu verstehen, aus der eine Nostalgie nach einer imaginären, vergangenen Zeit spricht, in der Amerika seine Macht nur ausüben musste, um seine Interessen zu erreichen.

Wie wird sich Trump auf die tatsächliche Außenpolitik auswirken? So stellt sich die Frage: Wie wird sich Trumps Präsidentschaft auf die tatsächliche Außenpolitik auswirken? Im Moment ist Trumps Außenpolitik widersprüchlich und inkonsistent. Der Grund dafür liegt in der tiefen Spaltung innerhalb der Republikanischen Partei und innerhalb seiner Regierung selbst. Es ist dieser Kampf um Macht und Einfluss innerhalb der Regierung, der die amerikanische Außenpolitik in den nächsten Jahren prägen wird. Um die Trump-Regierung in ihrer Fragmentierung verstehen zu können, muss man sich vergegenwärtigen, dass es mindestens drei Lager im Weißen Haus gibt, die in einem direkten Konkurrenzkampf um die politische Macht stehen:

Das *erste* Lager besteht aus radikalen NationalistInnen – *America Firsters* – die Trump überhaupt erst an die Macht verholpen haben. Diese Personen, wie Steve Bannon, Steven Miller und Michael Anton, vertreten jene radikalen Ansichten, auf denen Trump seine Kandidatur inhaltlich gestützt hatte. Diese Personengruppe ist für seinen Machterhalt nach wie vor unabdingbar, da sie eine unmittelbare Verbindung zu seiner Wählerschaft darstellt. Trumps Entscheidung, die USA aus dem Pariser Klimaabkommen zurückzuziehen, war ein klarer Sieg für diese Fraktion (Restuccia und Dawsey 2017) und folgte innenpolitischen Interessen. Nichtsdestotrotz folgt dieser radikalen nationalistischen Weltanschauung nur eine Minderheit unter Trumps eigenen Regierungsmitgliedern. Das *zweite* Lager besteht aus dem konservativen Mainstream in der Außenpolitik, der Trumps Kabinett und Beamtenapparat dominiert. Gewollt oder ungewollt hat er die wesentlichen außenpolitischen Positionen mit Personen besetzt, die die USA immer noch als Weltordnungsmacht betrachten – dazu zählen der Berater des nationalen Sicherheitsrates Herbert R. McMaster, Verteidigungsminister James N. Mattis und UN-Botschafterin Nikki Haley. Seitens dieser Gruppe wird die Wichtigkeit der NATO sowie eines offenes Handelssystems betont und eine amerikanische Führung befürwortet. Das *dritte* Lager besteht aus BeraterInnen, die bisher in der Wirtschaft tätig waren. Hierzu zählen sein Schwiegersohn und Berater Jared Kushner sowie Gary Cohn, ehemaliger Geschäftsführer von Goldman Sachs und jetziger Wirtschaftsberater. Sie befürworten eine neoliberale Politik der Deregulierung und eine transaktionale Außenpolitik des Opportunismus.

Diese politischen Fraktionen schlagen sehr unterschiedliche Herangehensweisen mit Blick auf die Beziehungen zu Russland, Syrien, China und sogar in Bezug auf Handel und Umweltpolitik vor. Und es ist bei weitem nicht klar, wie verpflichtet sich Trump gegenüber jeder dieser Gruppen fühlt. Wir haben bereits gesehen, wie diese Spaltungen in manchen Bereichen öffentlich ausgetragen werden, wie etwa der amerikanische Angriff auf Syrien, der eine Form der Machtausübung darstellte, die keiner klaren Strategie folgte. Aber gerade diese inkonsistente Politik hat auch Russland und Syriens Präsident Baschar al-Assad dazu ermutigt, den Syrien-

konflikt nach ihren eigenen Interessen zu steuern; Nordkorea hat es hingegen zu nuklearen Provokationen ermutigt. Diese Entwicklungen haben wiederum Trump in eine reaktive Position gedrängt, in der er seine Stärke demonstrieren möchte und damit droht, diese Konflikte eskalieren zu lassen. In der Zwischenzeit stellen Widersprüche, Anspannungen und Inkonsistenzen eine große Herausforderung für ausländische Verbündete dar, denn eine funktionierende Außenpolitik stützt sich auf Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit.

3 Auf welche Ursachen ist Trumps außenpolitische Ausrichtung zurückzuführen?

In vielerlei Hinsicht ist Trumps *America First*-Position eine extreme Haltung, die in außenpolitischen Kreisen kaum Legitimation findet. Dennoch kommt sie nicht von ungefähr und repräsentiert eine Entwicklung, die sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte abgezeichnet hat: Nämlich das Scheitern des (neo)liberalen Internationalismus. Trumps Erfolg ist nicht nur einer Eigenart des amerikanischen Wahlsystems geschuldet, sondern ist das Resultat tiefergehender, transnationaler struktureller Veränderungen und einer damit in Zusammenhang stehenden neuen gesellschaftlichen Spaltung.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Globalisierung, gestützt auf neoliberale Ideen und den Washington-Konsens, einen rasch anwachsenden internationalen Handel, internationale Migration und freien Kapitalfluss hervorgebracht, der *mehr für alle* versprach. Tatsächlich haben die Reduzierung von Handelsbarrieren, erhöhte wirtschaftliche Verflechtungen und kommunikative Vernetzungen ein globales Wachstum bewirkt. Gleichzeitig brachte die Globalisierung aber auch erhebliche Verteilungsfolgen mit sich. Wirtschaftliche Ungleichheit ist eine der größten Konsequenzen daraus. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Trump die Eliten beschuldigt, sich auf Kosten der Arbeiterklasse zu bereichern, denn die globalen Eliten haben tatsächlich wie keine andere Bevölkerungsgruppe von der Globalisierung profitiert. Menschen mit gutem Bildungsgrad und hoher Mobilität wurden zu Ungunsten weniger qualifizierter, weniger ausgebildeter und weniger mobiler ArbeiterInnen bevorzugt. In den USA ist der Einkommensunterschied zwischen ArbeiterInnen mit und ohne Universitätsabschluss auf dem höchsten Stand seit Jahrzehnten (Desilver 2016). Während sich liberale InternationalistInnen zwar der globalen Armut angenommen und Entwicklungsprogramme und Demokratisierung gefördert haben, haben sie gleichzeitig internationale Organisationen wie die Weltbank oder den IWF instrumentalisiert, um Marktstrukturen zu unterstützen, die eben diese Abhängigkeits- und Ungleichverhältnisse stärkten. Sie haben versäumt, eine Außenpolitik zu etablieren, die es ermöglicht, globale wirtschaftliche Ungleichheit zu behandeln oder internationale Organisationen zu gründen, die das globale Finanzwesen glaubwürdig regulieren, ausgewogenes Wachstum sichern und nachhaltige Entwicklung fördern können. Aufgrund dieser Entwicklungen leiden globale Institutionen heute unter einer starken Legitimitätskrise (Zürn 2013).

Die VerliererInnen der Globalisierung fühlen sich nicht nur von wirtschaftlichen Gewinnen ausgeschlossen, sondern sehen sich auch vom Verlust der politischen

Kontrolle über ihr Schicksal bedroht. Transnationalismus, Globalismus, Internationalismus, universale Werte – so nehmen es viele WählerInnen wahr – werden an Stelle von lokalen Werten und Interessen verfolgt. Es herrscht die Überzeugung vor, dass liberale InternationalistInnen die Kontrolle über den Nationalstaat an externe Kräfte abgegeben und die nationale Souveränität geschwächt haben und daran gescheitert sind, die nationale Gemeinschaft vor Herausforderungen und Zusammenbrüchen – wie Immigration, Terrorismus und Ungleichheit – zu schützen (Streeck 2017a; 2017b).

Politische Parteien in den USA und Europa haben auf diese Sorgen langsam oder gar nicht reagiert, was dazu führte, dass die WählerInnen die Parteienlandschaft zu verändern begannen. Parteien und WählerInnen sind mittlerweile nicht mehr gut aufeinander abgestimmt. Wir sehen das in den USA, wo Trump und Bernie Sanders als Außenseiter innerhalb ihrer eigenen Partei Präsidentschaftskandidaten wurden. Und wir sehen es in Europa mit dem Aufstieg populistischer Parteien und dem Rückgang von einst dominanten Volksparteien wie der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Christlich Demokratischen Union (CDU). Wissenschaftliche Studien zeigen: Je größer die Ungleichheit, desto weniger unterstützen diese WählerInnen – die VerliererInnen der Globalisierung – sozialdemokratische Lösungsansätze (Ansell und Samuels 2014). Stattdessen liegt für solche WählerInnen der Reiz, Trump und populistische Parteien zu wählen, in dem Versprechen, die nationale Gemeinschaft gegen transnationale Erschütterungen zu verteidigen (Hooghe und Marks 2017, S. 2). Neue Forschungen zeigen zudem, dass diese neue Kluft zwischen einer Verpflichtung zu universalen Werten und Internationalismus auf der einen Seite und die Verteidigung nationaler Gemeinschaften und Partikularismen auf der anderen Seite, die traditionelle links-rechts Spaltung der Parteien neu strukturiert (Kriesi et al. 2012; Hooghe und Marks 2017). Trump ist also kein bloßer Zerstörer einer liberalen internationalen Ordnung; vielmehr ist seine Wahl ein Ausdruck dieser neuen gesellschaftlichen Spaltung, der er nun Rechnung zu tragen versucht.

4 Perspektiven der transatlantischen Beziehungen

Zu dieser neuen gesellschaftlichen Spaltung kommt eine zweite strukturelle Transformation: eine globale Machtverschiebung. Nach dem Zweiten Weltkrieg war unbestritten, dass die USA die vorherrschende Macht im Westen waren. In dieser Zeit haben die USA globale öffentliche Güter bereitgestellt, einschließlich eines Schutzeschirmes für Europa und Asien, einer Leitwährung für die globale Wirtschaft und offener Seewege – im Tausch gegen verschiedene Privilegien. Unter diesen Umständen hatten sie, vor allem durch internationale multilaterale Institutionen, mehr Vor- als Nachteile. Auf der einen Seite konnten die USA durch diese Einbindung in internationale Institutionen stärkeren Zuspruch seitens ihrer Alliierten erwarten; auf der anderen Seite konnten sie sich durch informelle Einflussnahme auf diese Institutionen von institutionellen Einschränkungen befreien. Aber in jenen Zeiten, in denen sich die US-Hegemonialmacht in einem gefühlten Rückgang befindet – wie etwa in den 1970er Jahren – sind die USA viel weniger zur Kooperation durch

multilaterale Institutionen bereit.⁵ Die Sorge um einen Verlust der Souveränität ist unmittelbar verknüpft mit der Wahrnehmung amerikanischer Machtverhältnisse im internationalen System.

Heute sind die USA nicht mehr in der Lage, erfolgreich allein internationale Politikrichtungen zu bestimmen. Obwohl sie nach wie vor sehr mächtig sind, geht ihre hegemoniale Führungsrolle zurück. Diese Entwicklung ist überall spürbar, nicht zuletzt etwa in ihrem Rückzug aus multilateralen Institutionen. Die USA können nicht mehr darauf bauen, internationale Institutionen derartig zu beeinflussen, dass deren Interessen mit ihren eigenen übereinstimmen. Mit Ende des Kalten Krieges sowie im Laufe der 1990er Jahre sind viele Länder der Abhängigkeit von den USA entwachsen. Globale Herausforderungen können nicht mehr einseitig nach amerikanischen Interessen behandelt werden, internationale Lösungsansätze sind heute von einer zunehmenden Zahl an Staaten mit heterogenen Interessen gekennzeichnet. Damit werden multilaterale Institutionen zur Belastungsprobe der amerikanischen Souveränität, weil sie die USA nun dazu zwingen, ihre vormals uneingeschränkte Entscheidungsmacht zu teilen. Grundsätzlich wird es dadurch für die USA zunehmend schwerer, internationale Institutionen für geopolitische oder wirtschaftliche Vorteile zu nutzen. Unter diesen Bedingungen lehnt Donald Trump eine Führungsposition der USA ab. Dies wirkt sich auf das globale Gleichgewicht aus, denn mit einer abnehmenden Einflussnahme der USA wird auch eine globale Kooperation unter anderen Ländern erschwert. Globale Kooperation braucht Führung.

Trumps Wahl zum Präsidenten und seine bisherige Außenpolitik sollten ein Weckruf für EuropäerInnen sein. Europa kann sich nicht mehr unvoreingenommen auf die USA verlassen und riskanten und schwierigen politischen Fragen aus dem Weg gehen. Trumps NATO-Kritik erntet zum Beispiel großen Zuspruch innerhalb der amerikanischen Bevölkerung, obgleich die USA der NATO auch in Zukunft sicherlich verpflichtet bleiben werden. Trumps Klimapolitik ist ein weiteres Beispiel dafür, dass der amerikanische Präsident nicht bereit ist, multilateral zu kooperieren. Seine Politik sollte seitens der EU ernst genommen werden, um über die Entwicklung einer strategischen außenpolitischen und militärischen Autonomie nachzudenken. Die Furcht vor einem unzuverlässigen amerikanischen Partner wird die EuropäerInnen womöglich darin bestärken, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln, zu implementieren *und* zu finanzieren. Kurz nach Trumps Wahl haben europäische VerteidigungsbeamtenInnen davon gesprochen, dass Europa eine eigene strategische Autonomie entwickeln muss, ohne auf die Fähigkeiten des amerikanischen Militärs angewiesen zu sein (Emmott 2016). In der Tat könnte Trumps Präsidentschaft eine Gelegenheit sein, um die notwendige innenpolitische Unterstützung für eine stärkere Außenpolitik zu gewinnen. Angela Merkels Betonung der Unzuverlässigkeit Präsident Trumps etwa scheint genau diese Problematik anzusprechen (Meiritz et al. 2017). Je glaubwürdiger die transatlantische Krise seitens der Politik vermittelt wird, desto überzeugender sind die Argumente für mehr Investitionen in außenpolitische Sicherheitsmaßnahmen. Europas Hauptaugenmerk sollte jetzt darauf gerichtet werden, durch eine neue globale Führung und einer erneuten Bestätigung globaler Institutionen einem kurzfristigen Nationalismus zu widerstehen.

⁵ In den 1970er Jahren hat Nixon beispielsweise das Bretton Woods Regime beendet.

5 Ausblick

Für diejenigen BeobachterInnen, die gehofft hatten, dass sich Trump als Präsident durch institutionelle Zwänge in seinen politischen Zielen und in seinem Ton mäßigen würde, stellt sich nun heraus, dass er weiterhin impulsiv und inkonsistent handeln wird. Und momentan bleibt es liberales Wunschdenken, dass sich die Republikaner gegen Trump zusammenschließen und ihn absetzen werden. Europa muss sich kurz- und langfristig mit Trumps Außenpolitik auseinandersetzen.

Kurzfristig betrachtet, muss verhindert werden, dass die Welt zu einem noch gefährlicheren Ort wird, und es gilt das Konfliktpotential zu verringern. Das bedeutet, eine Destabilisierung Asiens und eine weitere Destabilisierung des Mittleren Ostens abzuwenden, Bündnisse nicht zu schwächen, damit globale Krisen eingedämmt werden können, und eine globale Koordination, um die Bildung wirtschaftlich und militärisch konkurrierender Blöcke zu vermeiden. Langfristig betrachtet, muss unsere fragmentierte und dennoch transnationale Gesellschaft Antworten auf folgende Fragen finden: Welche Vision von internationaler Kooperation und Globalisierung soll verfolgt werden? Sollen wir den liberalen Internationalismus der 1990er Jahre weiterfolgen? Sollen wir, wie Obama es versucht hat, den liberalen Internationalismus von innen heraus transformieren und anpassen? Sollen wir, wie Trump und andere es versuchen, den liberalen Internationalismus durch einen neuen Nationalismus ersetzen? Oder gibt es noch weitere Handlungsoptionen? In Anbetracht des Brexit, eines wachsenden Populismus in Europa und nach den ersten Erfahrungen mit einem Präsident Trump ist klar, dass gerade diese Frage auf dem Spiel steht: Ob in Zukunft die Herausforderungen der Globalisierung wettbewerblich und nationalistisch oder kollaborativ und global-gesellschaftlich angegangen werden sollen.

Danksagung Für die Unterstützung bei der Übersetzung und Überarbeitung danke ich insbesondere Franziska Riel.

Literatur

- Alter, J. (2007). *The defining moment. FDR's hundred days and the triumph of hope*. New York: Simon & Schuster.
- Alter, J. (2017). Trump says his first 100 days have been a historic success. History disagrees. <http://wapo.st/2rbeiCV>. Zugegriffen: 26. Apr. 2017.
- Ansell, B. W., & Samuels, D. J. (2014). *Inequality and democratization. An elite-competition approach*. New York: Cambridge University Press.
- Anton, M. (2017). America and the liberal international order. *American Affairs*, 1(1), 113–125.
- Braumoeller, B. F. (2010). The myth of american isolationism. *Foreign Policy Analysis*, 6(6), 349–371.
- Brooks, S. G., & Wohlforth, W. C. (2016). The once and future superpower. *Foreign Affairs*. <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2016-04-13/once-and-future-superpower>. Zugegriffen: 7. Juni 2017.
- De Luce, D. (2017). Trumps sticks to a protectionist, isolationist script in the first big speech. <http://foreignpolicy.com/2017/03/01/trump-sticks-to-a-protectionist-isolationist-script-in-first-big-speech/>. Zugegriffen: 1. Apr. 2017.
- Desilver, D. (2016). 10 facts about American workers. <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/09/01/8-facts-about-american-workers/>. Zugegriffen: 1. Apr. 2017.
- Dominguez, C. B. K. (2005). Is it a honeymoon? An empirical investigation of the first hundred days. *Congress & the Presidency*, 32(1), 63–78.

- Emmott, R. (2016). Europeans agree defense plan after campaign swipes by Trump. <http://reut.rs/2sm48Nh>. Zugegriffen: 1. Apr. 2017.
- Frendreis, J., Tatalovich, T., & Schaff, J. (2001). Predicting legislative output in the first one-hundred days, 1897-1995. *Political Research Quarterly*, 54(4), 853–870.
- Haberman, M. (2016). Donald Trump says he favors big tariffs on Chinese exports. New York Times. <https://www.nytimes.com/politics/first-draft/2016/01/07/donald-trump-says-he-favors-big-tariffs-on-chinese-exports/>. Zugegriffen: 7. Juli 2017.
- Hooghe, L., & Marks, G. (2017). Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage. http://www.euengage.eu/wpcontent/uploads/2017/02/Euengage_WP2_Hoghe-Marks_.pdf. Zugegriffen: 1. Apr. 2017.
- Johnson, J. (2015). Donald Trump promises to 'bomb the hell out of ISIS' in new radio ad. Washington Post. https://www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2015/11/18/donald-trump-promises-to-bomb-the-hell-out-of-isis-in-new-radio-ad/?utm_term=.7ef3cf81f1ef/. Zugegriffen: 7. Juli 2017.
- Kriesi, H., Grande, E., Dolezal, M., Helbling, M., Höglinger, D., Hutter, S., & Wüest, B. (2012). *Political conflict in Western Europe*. New York: Cambridge University Press.
- Meiritz, A., Reimann, A., & Weiland, S. (2017). Merkels Bierzeltrede: Jeder Satz ein Treffer. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-das-bedeutet-ihre-bierzelt-rede-ueber-donald-trump-a-1149649.html>. Zugegriffen: 29. Mai 2017.
- Patrick, S. (2001). Multilateralism and its discontents: The causes and consequences of U.S. ambivalence. In P. Stewart, & S. Forman (Hrsg.), *Multilateralism and U.S. foreign policy: Ambivalent engagement* (S. 1–44). Boulder, London: Lynn Rienner Publishers.
- Restad, H. E. (2012). Old paradigms in history die hard in political science: US foreign policy and American exceptionalism. *American Political Thought*, 1(1), 53–76.
- Restuccia, A., & Dawsey, J. (2017). How Bannon and Pruitt boxed in Trump on climate pact. <http://www.politico.com/story/2017/05/31/trump-paris-climate-agreement-239008>. Zugegriffen: 31. Mai 2017.
- Smith, T. (2017). Is liberal internationalism dead? <https://www.project-syndicate.org/commentary/trump-ends-liberal-internationalism-by-tony-smith-2-2017-03>. Zugegriffen: 1. Apr. 2017.
- Streck, W. (2017a). Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. In H. Geiselberger (Hrsg.), *Die große Regression – Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit* (S. 253–274). Berlin: Suhrkamp.
- Streck, W. (2017b). Nicht ohne meine Nation. <http://www.zeit.de/2017/18/europaeische-union-nationalstaat-deutschland-neoliberalismus/komplettansicht>. Zugegriffen: 29. Apr. 2017.
- White House (2017). President Donald J. Trump's weekly address. <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/04/28/president-donald-j-trumps-weekly-address>. Zugegriffen: 29. Apr. 2017.
- Wright, T. (2016). The 2016 presidential campaign and the crisis of US foreign policy. <https://www.lowyinstitute.org/publications/2016-presidential-campaign-and-crisis-us-foreign-policy>. Zugegriffen: 1. Apr. 2017.
- Zürn, M. (2013). Politisierung als Konzept der internationalen Beziehungen. In M. Zürn, & M. Ecker-Ehrhardt (Hrsg.), *Die Politisierung der Weltpolitik: Umkämpfte internationale Institutionen* (S. 7–35). Berlin: Suhrkamp.
- @realDonaldTrump. (2017). Twitter. <https://twitter.com/realdonaldtrump/status/855373184861962240?lang=en>. Zugegriffen: 21. Apr. 2017.